

Landtag**21. Wahlperiode****Drucksache 21/1794****(zu Drs. 21/1322)**

19. Mai 2026

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND**Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND**

zum Antrag der Fraktion der CDU „Zeitenwende auch in Bremen – Gesetz zur Förderung der Bundeswehr im Land Bremen“

Bremen steht als Hafen-, Logistik- und Wissenschaftsstandort in einer besonderen Verantwortung, seinen Beitrag zur Sicherheitsvorsorge des Bundes und seiner Partner zu leisten. Zugleich verfügt das Land über eine bedeutende Sicherheits- und Verteidigungsindustrie mit erheblicher Wertschöpfungs- und Beschäftigungswirkung. Diese Doppelrolle wird in der bisherigen Landesgesetzgebung nur unzureichend abgebildet.

Mit der Ergänzung eines übergreifenden Leitsatzes wird klargestellt, dass Bremen eine integrierte Sicherheits-, Wissenschafts- und Industriepolitik anstrebt, die sowohl sicherheitspolitische Anforderungen als auch wirtschaftliche Chancen systematisch berücksichtigt. Damit wird die rein sektorale Sicht des Ursprungsantrags überwunden und der Anspruch einer eigenständigen bremischen Sicherheitsstrategie formuliert. Im Hochschulbereich ist es aus Sicht der Fraktion Bündnis Deutschland richtig, die ideologisch motivierte Selbstbindung durch die Zivilklausel zu beenden und sicherheitsrelevante Forschung nicht länger pauschal zu behindern. Zugleich bedarf es eines klaren Rahmens, der die Freiheit von Forschung und Lehre, ethische Standards und die Belange der nationalen Sicherheit in ein ausgewogenes Verhältnis setzt. Die vorgeschlagene Neufassung des § 4 Absatz 4b BremHG stärkt daher eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Bundeswehr und Sicherheitsbehörden, statt einseitig Weisungsstrukturen zu betonen. Durch Leitlinien des Fachministeriums im Benehmen mit den Hochschulen wird eine verlässliche Grundlage für alle Beteiligten geschaffen.

Im Schulbereich bekennt sich die Fraktion Bündnis Deutschland ausdrücklich zur Präsenz der Bundeswehr und anderer Sicherheitsbehörden in politischer Bildung und Berufsorientierung. Eine wehrhafte Demokratie muss ihre Institutionen jungen Menschen erklären dürfen. Gleichzeitig soll die Schule ein Ort pluraler, faktenbasierter Meinungsbildung bleiben. Die Ergänzung in Artikel 2 stellt sicher, dass sowohl eine einseitige „Entmilitarisierung“ der Bildung als auch unreflektierte Rekrutierungslogiken vermieden werden. Pluralität, Altersangemessenheit und Freiwilligkeit werden als Leitprinzipien festgeschrieben.

Schließlich bleibt der Ursprungsantrag im Hinblick auf die wirtschafts- und industriepolitische Dimension einer echten „Zeitenwende“ hinter den Erfordernissen zurück. Ohne belastbare Daten zu Beschäftigung, Wertschöpfung und Steuereinnahmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie fehlt die Grundlage für eine rationale Standortpolitik. Gleiches gilt für das Fehlen einer langfristigen Strategie zu Flächen, Fachkräften und Innovationsförderung. Der neue Artikel 7 verankert daher eine regelmäßige Berichtspflicht des Senats sowie die Verpflichtung zur Vorlage einer Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie. So wird Transparenz hergestellt und die Grundlage dafür geschaffen, dass Bremen seine Rolle im nationalen und europäischen Sicherheitsverbund aktiv und planvoll gestaltet.

Mit diesen Änderungen wird der Antrag in eine Richtung weiterentwickelt, die sowohl die sicherheitspolitische Verantwortung des Landes Bremen als auch seine wirtschaftliche und wissenschaftliche Stärke in den Blick nimmt und eine eigenständige bremische Antwort auf die Zeit internationaler Konflikte formuliert.

Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. **Prüfauftrag konkretisieren** Ziffer 1 wird wie folgt ergänzt: „...unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen auf bestehende internationale und europäische Hafenkooperationen, möglicher sicherheits- und datenschutzrelevanter Risiken bei der Digitalisierung von Hafenprozessen sowie der Wirtschaftlichkeit und Haushaltsverträglichkeit geplanter Aktivitäten.“
2. **Delegationsreisen an konkreten Nutzen koppeln** Ziffer 2 wird wie folgt neu gefasst: „gemeinsam mit bremenports, Unternehmen der Hafenwirtschaft und wissenschaftlichen Einrichtungen zunächst eine virtuelle Sondierungskonferenz mit Vertretern des Hafens Taichung und relevanten Wirtschaftsakteuren durchzuführen, um konkrete Kooperationsfelder, technische Schnittstellen und Pilotprojekte zu identifizieren. Dienstreisen sollen grundsätzlich erst erfolgen, wenn konkrete Kooperationsprojekte mit nachvollziehbarem wirtschaftlichem Mehrwert für Bremen vorliegen.“
3. **Wirtschaftliche Beteiligung sicherstellen** Ziffer 3 wird wie folgt ergänzt: „Die Austauschplattform ist so auszugestalten, dass private Hafen- und Logistikunternehmen finanziell und organisatorisch beteiligt werden. Öffentliche Mittel dürfen nur eingesetzt werden, wenn ein konkretes öffentliches Interesse dargelegt wird und, soweit private Unternehmen unmittelbar profitieren, eine angemessene finanzielle, fachliche oder organisatorische Beteiligung der Wirtschaft erfolgt.“

4. **Fördermittel an Zielbindung knüpfen** Ziffer 4 wird wie folgt ergänzt: „Fördermittel sollen nur beantragt und eingesetzt werden, wenn ein nachvollziehbarer Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen, zur Verbesserung konkreter Hafenprozesse oder zur Erschließung wirtschaftlicher Potenziale für Bremen dargelegt wird.“
5. **Finanzielle Nachhaltigkeit absichern** Ziffer 6 wird wie folgt ersetzt: „Der Senat wird aufgefordert, vor einer Verstetigung entsprechender Mittel im Haushalt eine Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen, die den zu erwartenden wirtschaftlichen Nutzen, die Personalkosten sowie mögliche Folgelasten für den Landeshaushalt transparent darstellt.“
6. **Berichtspflicht erweitern** Ziffer 7 wird wie folgt ergänzt: „Die Berichte sollen insbesondere eine Bewertung der wirtschaftlichen Effekte, der Beteiligung der bremischen Wirtschaft sowie der Kostenentwicklung enthalten.“
7. **Strategische Priorisierung internationaler Kooperationen**
Folgender zusätzlicher Punkt wird eingefügt: „Der Senat wird aufgefordert, internationale Hafenkooperationen strategisch zu priorisieren und dabei insbesondere bestehende europäische Partnerschaften sowie Kooperationen mit wirtschaftlich, rechtlich und sicherheitspolitisch verlässlichen Partnern auszubauen und Doppelstrukturen sowie haushalterisch nicht begründete Parallelaktivitäten zu vermeiden.“

Sven Schellenberg, Jan Timke und Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND

Anlage(n):

- keine